

## **Stellungnahme für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags Baden-Württemberg**

Drittes Handlungsfeld: Gesellschaftliche Strukturen und Betroffenheit

Die Landeselternvertretung baden-württembergischer Kindertageseinrichtungen (LEBK-BW) wurde von der Enquetekommission am 23. Februar 2023 zu einer schriftlichen Stellungnahme zu den im dritten Handlungsfeld des Einsetzungsbeschlusses aufgeworfenen Fragen gebeten.

Gerne folgen wir der Bitte und beantworten nachfolgend die im dritten Handlungsfeld aufgeworfenen Fragen, soweit diese unserem Tätigkeitsfeld und unsere Expertise betreffen. Gerne unterbreiten wir den Mitgliedern der Enquetekommission dabei auch konkrete Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge, die unserer Ansicht nach erforderlich sind, um das baden-württembergische Gemeinwesen im Hinblick auf künftige Krisen besser vorzubereiten und handlungsfähiger zu machen.

## **Vorbemerkung**

Die LEBK-BW begrüßt das Vorhaben der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ wünscht bei dieser wichtigen Aufgabe gutes Gelingen und insbesondere umsetzbare Ergebnisse.

Die Landeselternvertretung baden-württembergischer Kindertageseinrichtungen hat sich am 18. Mai 2020 im Rahmen der Corona-Krise gegründet. Mit dem Lockdown und den damit verbundenen Einschränkungen erlebten wir Eltern verstärkt, dass Kinder und ihr Recht auf frühkindliche Bildung und Betreuung keine Stimme in der Politik und der Gesellschaft haben. Eltern nichtschulpflichtiger Kinder fühlten sich im Stich gelassen und hatten das Gefühl, dass sie und ihre Kinder seit der Schließung der Kitas und Schulen seit 16. März 2020 aufgrund der Corona-Krise einen großen Teil der Einschränkungen und damit der Lasten für die Gesellschaft übernehmen mussten, ohne dafür ausreichende Unterstützung zu erhalten. Kinder wurden von Bildung und Förderung in den Kitas abgeschnitten und in den zunehmenden Lockerungen der Einschränkungen nicht ausreichend mitgedacht.

Der hohen gesellschaftliche Relevanz des Bildungsbereichs wird der thematische und methodische Zuschnitt der Kommission insgesamt nicht gänzlich gerecht; der Bereich Bildung inklusive soziale Arbeit und Jugendhilfe ist aus unserer Sicht unterrepräsentiert. Die Komplexität und Relevanz des Themas erfordern eine Verstetigung, Fortschreibung und laufende Aktualisierung der Empfehlungen. Die LEBK-BW schließt sich der Stellungnahme der GEW (Handlungsfeld 2) an und fordert ebenfalls eine systematische Erarbeitung von Handlungsfeldern mit Bildungsbezug unter langfristiger Beteiligung von Expert\*innen, Vertretungen der Fachkräfte und Interessenverbände und stehen selbstverständlich als Ansprechpartnerin mit unserer Expertise zur Verfügung.

## **Ausführungen der LEBK zum dritten Handlungsfeld**

Dieses betrifft die Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung. Es soll untersucht werden, wie alle Bevölkerungsteile gleichermaßen in die Krisenvorsorge und die Krisenbewältigung einbezogen werden können. Zudem werden effektive Krisenkommunikation, die psychosoziale Stärkung von Kindern und Jugendlichen und die Verbesserung der Teilhabechancen junger Menschen und marginalisierter Bevölkerungsteile thematisiert. Ausgehend von diesen Überlegungen soll die Enquetekommission Handlungsempfehlungen entwickeln, die geeignet sind,

### **a) die Einbeziehung der frühkindlichen Bildung in die Krisenvorsorge und die Krisenbewältigung zu verbessern;**

Wir sehen uns heute multiplen Krisen gegenüber, die von Naturkatastrophen über Gesundheitskrisen und bewaffneten Konflikten bis hin zu Angriffen auf unsere Demokratie reichen. Diese multiplen Krisen bedrohen nicht nur die Stabilität unserer Gemeinschaft, sondern stellen auch eine ernsthafte Gefahr für das Wohlergehen unserer Kinder dar.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Aufrechterhaltung der kritischen Infrastruktur höchste Priorität hat. Dabei spielen Kindertageseinrichtungen eine zentrale Rolle, denn sie sind nicht nur sichere Ankerpunkte für die jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft und ihrer Familien, sondern tragen maßgeblich zur Aufrechterhaltung unserer kritischen Infrastruktur bei. Schließlich können sich Eltern nur auf die Bewältigung der Krise konzentrieren und aktiv an der Krisenbewältigung mitwirken, wenn sie ihre Kinder gut betreut und sicher geschützt wissen. Kindertageseinrichtungen sind systemrelevant und daher muss die Priorität darauf liegen, diese aufrechtzuerhalten. Denn in den Kindertageseinrichtungen liegt die Chance auf Erhaltung der Chancengerechtigkeit, des Rechts auf Bildung für alle Kinder und dem Schutz der Kleinsten in unserer Gesellschaft auf ihr eigenes Wohl.

Indem Kindertageseinrichtungen zur kritischen Infrastruktur gehören, müssen sie im Akutfall schnell reagieren und sollten auch autonom funktionieren können. Dafür benötigen diese nicht nur eine adäquate Ausstattung an Infrastruktur und Equipment. Vielmehr müssen auch die Mitarbeitenden stetig geschult werden, um für verschiedenste Krisensituationen gewappnet zu sein. Wir verweisen an dieser Stelle auf die treffenden Ausführungen der GEW (S. Stellungnahme 6f., Handlungsfeld 2).

Darüber hinaus müssen schnelle Entscheidungen (z.B. über die Integration von Krisenstäben) ermöglicht und vor Ort zeitnahe Anpassungen möglich sein (z.B. Änderungen von Verwaltungsvorschriften, Zulassung zusätzlicher Arbeitskräfte). In diesem Zusammenhang gilt es zu bedenken, dass die Trägervielfalt im Akutfall möglicherweise eine zusätzliche Herausforderung darstellen könnte.

Die Aufrechterhaltung von Betreuungs- und Bildungsleistungen muss auch im Krisenfall gewährleistet sein, solange dies im Hinblick auf den Sicherheits- und Gesundheitsschutz unserer Kinder und unserer Fachkräfte zu vertreten ist. Die Qualität der frühkindlichen Bildung darf nur im äußersten Notfall und nur in einem an den Krisenfall angepassten Rahmen eingeschränkt werden. Der Besuch von Kindertageseinrichtungen sollte - anders als in der Corona-Pandemie - allen Kindern möglich sein. Entscheidungen sollten hier vor allen Beteiligten (Eltern & pädagogisches Fachpersonal) gemeinsam abgewogen und getroffen sowie im besten Fall durch weitere Fachexpertisen (z.B. Kinderpsychologen\*innen) begleitet werden. Schnelle Anpassungen auf lokaler Ebene sollten zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit jederzeit möglich sein.

Doch wie können Kindertageseinrichtungen im Krisenfall überhaupt handlungsfähig bleiben, wenn das System der Frühkindlichen Bildung und Betreuung schon im Normalbetrieb an seine Grenzen kommt? Schließlich können die Bedarfe von Kitakindern und Familien trotz massiver Anstrengungen der Kommunen aktuell nicht adäquat gedeckt werden.

Kommunen stehen bereits heute unter massivem Druck, da finanzielle Mittel nicht ausreichend zur Verfügung stehen, um den nötigen Ausbau der Infrastruktur voranzubringen. Auch ist der Fachkräftemangel ebenfalls schon heute Realität

und wird sich perspektivisch weiter verschärfen. Schon jetzt können vielerorts Angebote in der frühkindlichen Bildung und Betreuung nicht mehr vollumfänglich aufrechterhalten werden. Infolge der prekären Situation vor Ort, haben Kommunen und Träger kaum personellen und finanziellen Spielraum, der den Aufbau eines vorausschauenden Krisenmanagements ermöglicht. Es ist jedoch wichtig, dass die Finanzierung und Ressourcenverteilung so gestaltet sind, dass die Belastbarkeit des Bereichs der frühkindlichen Bildung und Betreuung nicht nur von der Finanzkraft der jeweiligen Kommune abhängt. Daher erachten wir eine Aufstockung der finanziellen Mittel für die Frühkindliche Bildung und Betreuung von Bund und Land als dringend geboten.

**b) Krisenkommunikation so zu gestalten, dass alle Bevölkerungsteile erreicht werden;**

Neben dem originären Erlernen der Sprache (z.B. durch Sprachförderung auch von Erwachsenen) ist es im akuten Krisenfall wichtig, dass auch nichtdeutschsprachige Bevölkerungsgruppen Zugang zu entsprechenden Informationen (z.B. in einfacher Sprache oder in der entsprechenden Muttersprache) erhalten.

Daher bedarf es träger- und einrichtungsübergreifend standardisierter Kommunikationsstrukturen. Eltern, Fachkräfte, Kommunen und Träger, soziale Dienste, Jugendämter, Familienhilfe und Fachberatungen sollten einen kostenlosen Zugang zu einem gemeinsamen digitalen Kommunikationstool erhalten. Dafür bedarf es nicht nur einer flächendeckenden Digitalisierung der Kindertageseinrichtungen. Vielmehr muss das Land auch die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, um die Digitalisierung im Bereich der frühkindlichen Bildung voranbringen zu können.

Gleichzeitig sollten aber auch Möglichkeiten eruiert werden, wie Kommunikation z.B. im Falle eines Blackouts funktionieren könnte.

**c) die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes sowie eines solidarischen Gemeinwesens weiter voranzutreiben;**

Der Frühkindlichen Bildung kommt bei der Bekämpfung antidemokratischer Tendenzen eine zentrale Rolle zu. Kinder entwickeln unabhängig vom Elternhaus in den Kindertageseinrichtungen nicht nur grundlegende Fähigkeiten wie Sprache, sondern insbesondere auch soziale und emotionale Kompetenzen. Diese Fähigkeiten sind die Grundpfeiler unserer demokratischen Grundordnung. Der Erlangung dieser Fähigkeiten kommt folglich eine große Bedeutung bei der Bekämpfung antidemokratischer Tendenzen zu. Die LEBK-BW verweist in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme der Landesvereinigung „Kulturelle Jugendbildung“ Baden-Württemberg e.V., die ebenfalls im dritten Handlungsfeld angesiedelt ist.

Frühkindliche Bildung schafft Chancengleichheit, bekämpft Armut und ebnet den Weg für eine inklusive Gesellschaft, in der jedes Kind die Möglichkeit hat, sein volles Potenzial zu entfalten. Daher ist die Investition in frühkindliche Bildung nicht nur eine Investition in die Zukunft jedes einzelnen Kindes, sondern auch eine Investition in eine krisenfeste und wirtschaftsstarke Gesellschaft.

Darüber hinaus bieten Familienzentren und Caring Communities eine weitere Möglichkeit, um Familien besser zu vernetzen, Eigeninitiative zu stärken und sich in einer Verantwortungsgemeinschaft die familiäre Care Arbeit zu teilen. Auch hierfür bedarf es entsprechende Rahmenbedingungen sowie finanzielle und strukturelle Unterstützung durch das Land.

**d) die Resilienz, das Urteilsvermögen und die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken,**

Das Urteilsvermögen und die Resilienz von Bürgerinnen und Bürgern ist maßgeblich mit der Möglichkeit zur Teilhabe an Bildungsangeboten verknüpft. Bildung bildet nicht nur das Fundament für Wissen, sondern auch für kritisches Denken, das Erlernen von Problemlösungsstrategien und emotionale Stabilität. Die Frühkindliche Bildung legt folglich den Grundstein für die Entwicklung zu

mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die in der Lage sind, die Herausforderungen des Lebens erfolgreich zu meistern.

In diesem Zusammenhang verdient das ehrenamtliche Engagement im Bereich frühkindlicher Bildung höchste Anerkennung und Würdigung. Besonders hervorzuheben sind diejenigen, die sich vor, während und nach Krisenzeiten dafür einsetzen. Ihr Einsatz trägt dabei nicht nur zur Erweiterung von Bildungschancen bei, sondern stärkt insbesondere auch die soziale Bindung und das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Gemeinschaft. Neben Anerkennung und Würdigung benötigt das Ehrenamt aber auch strukturelle und finanzielle Unterstützung.

**e) dabei insbesondere die psychologische Stärkung von Kindern sowie die Teilhabechancen junger Menschen und marginalisierter Bevölkerungsteile in den Fokus zu nehmen;**

Der erste Schritt zur gesellschaftlichen Teilhabe, insbesondere für marginalisierte Bevölkerungsgruppen, beginnt mit der frühkindlichen Bildung. Schließlich findet hier nicht nur Bildung, sondern auch Integration statt, denn Kindertageseinrichtungen bieten ein Umfeld, in dem Kinder unterschiedlicher Herkunft, Kultur und sozialer Schicht miteinander interagieren und voneinander lernen. Hier entwickeln Kinder Empathie, Toleranz und interkulturelle Kompetenzen. Diese frühen Erfahrungen legen den Grundstein für ein inklusives Gesellschaftsverständnis und bilden das Rückgrat für eine zukünftige, gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen.

Darüber hinaus gilt es Kinder und ihre Familien auch psychologisch zu stärken. Dazu ist vor allem eine barrierefreie Kommunikation und Austausch wichtig, die über die Betreuungszeit in den Einrichtungen hinaus geht (z.B. Telefonhotlines, Kontakt zu gefährdeten Familien, Einbeziehung von Fachleuten). Gerade für benachteiligten Familien sollten niederschwellige Beratungsangebote bereit gestellt und ein engmaschiges Netzwerk zum Schutz gefährdeter Kinder geschaffen resp. ausgebaut werden. Dabei spielt die Förderung der Resilienz der Sorgeberechtigten sowie der unkomplizierte Zugang zu finanzieller Unterstützung für einkommensschwache Familien ebenfalls eine zentrale Rolle.

Das Landesprogramm „STÄRKE“ bietet zur Unterstützung sehr gute Ansätze. Mit Blick auf die psychologische Stärkung und Resilienz erscheint uns ein weiterer Ausbau dieses Programms wichtig und für Familien äußerst gewinnbringend.

**f) der zunehmenden Polarisierung, mitverursacht beispielsweise durch Verschwörungsmethoden, Fake News und Radikalisierungstendenzen, entgegenzuwirken und vorzubeugen**

Um der wachsenden Polarisierung in der Gesellschaft entgegenzuwirken und vorzubeugen, bedarf es vor allem einer transparenten und ehrlichen Kommunikation. Die Entscheidungen von Trägern, Kommune oder Land müssen nachvollziehbar sein und für alle gleichermaßen gelten. Insbesondere in Krisensituationen ist auch eine offene Fehlerkultur und die Beteiligung der Eltern bei der Entscheidungsfindung von zentraler Bedeutung. Elternbeiräte und Gesamtelternbeiräte fällt aus unserer Sicht dabei die Rolle als Multiplikatoren zu. Um dieser Rolle gerecht zu werden, bedarf es eines guten Weiterbildungs- und Schulungsangebots.

Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass Kindertageseinrichtungen auch hier eine wichtige Rolle zukommt. Um sich aus der Vielfalt an Informationsangeboten ausgewogen informieren zu können, müssen Kinder lernen, die Qualität von Medienangeboten einschätzen zu können. Der Grundstein zur Entwicklung von Medienkompetenz wird bereits in den Kindertageseinrichtungen gelegt.

---

Abschließend ist aus der Sicht der Landeselternvertretung der baden-württembergischen Kindertageseinrichtungen der Bereich der Frühkindlichen Bildung und Betreuung bei der Bewältigung multipler Krisen unverzichtbar. Daher gilt es diesen zu stärken und mit einer angemessenen personellen und finanziellen Ausstattung zu versehen. Denn dies ist nicht nur eine Investition in die Bildung und das Wohlergehen unserer Kinder, sondern auch eine Investition in eine krisenfeste Gesellschaft.